CDU im Kreistag des Rhein-Neckar-Kreises

Mitteilungen der CDU - Kreistagsfraktion 12/2012
12. Dezember 2012

69181 Leimen
Grauenbrunnenweg 15

Telefon (06224) 73243
FAX (06224(921639
E-Mail: B.Sauerzapf@t-online.de

CDU Kreistags-fraktion Rhein-Neckar

Sehr geehrte Damen und Herren,

nunmehr liegt die 12. Ausgabe unserer Mitteilungen vor. Wir hoffen, dass Sie diese Informationen aufmerksam verfolgen. In der heutigen Ausgabe berichten wir über die Reden vom Fraktionsvorsitzenden Bruno Sauerzapf zum Haushalt 2013, die Stellungnahme von Kreisrat Volker Pauli zur Abfallwirtschaft und die Rede von Kreisrat Roland Schilling zum Landschaftserhaltungsverband, gehalten bei der Kreistagssitzung in Sinsheim am 11. Dezember 2012. Außerdem berichten wir über einen Wechsel bei der CDU - Fraktion im Kreistag, bei der Michael Till dem verdienten Kreisrat Bernd Kappenstein folgte sowie eine Nachlese zum Geburtstag von Landrat Stefan Dallinger.

Mit den besten Grüßen

Bruno Sauerzapf, Fraktionsvorsitzender

Kreisrat Bernd Kappenstein scheidet auf eigenen Wunsch aus dem Kreistag aus

Kreisrat und Oberbürgermeister a. D. Bernd Kappenstein scheidet auf eigenen Wunsch am 31. Dezember 2012 aus dem Kreistag aus. Bernd Kappenstein war von 1999 bis 2012 ununterbrochen Mitglied des Kreistags. Er hat sich ganz besonders der Sozialpolitik verschrieben und dabei Akzente gesetzt. Er ist nunmehr als Cluster-Manager für den Cluster "Energie & Umwelt" bei der Metropolregion Rhein-Neckar zuständig. Die CDU-Kreisrätinnen und -Kreisräte Danken Bernd Kappenstein für sein Engagement für den Rhein-Neckar-Kreis und in der Fraktion und wünschen ihm viel Erfolg beider neuen sehr anspruchsvollen Aufgabe.

Neuer Kreisrat Michael Till

Der neue Kreisrat Michel Till vertritt den Wahlkreis 6 (Schwetzingen, Ketsch und Brühl) und ist Diplom-Volkswirt. Er ist Vorsitzender der CDU-Fraktion im Brühler Gemeinderat, 1. Vorsitzender der CDU Brühl-Rohrhof und Kreisgeschäftsführer der .Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU Rhein-Neckar. Die CDU - Kreistagsfraktion heißt das neue Mitglied herzlich willkommen und freut sich auf die künftige Zusammenarbeit

Verabschiedung des Haushaltes 2013

Schwerpunkt der Sitzung des Kreistags am 11. Dezember 2012 war die Verabschiedung des Kreishaushalt 2013, dem mit sehr großer Mehrheit zugestimmt wurde. Ablehnt wurden dabei die Anträge der SPD und der Linken auf Einführung eines Sozialtickets und der Grünen auf Gewährung von Zuschüssen an die Gemeinden für den Bau der Radwege. Fraktionsvorsitzender Bruno Sauerzapf gab für die CDU – Kreistagsfraktion folgende Stellungnahme ab, die in wesentlichen Punkten wiedergegeben wird.

Nachhaltige Finanzwirtschaft

Für die CDU hat eine solide **Finanzwirtschaft** oberste Priorität, und zwar durch

- ausgeglichene Haushalte,
- die Begrenzung des Kreisumlageaufkommens unter Beachtung der Leistungsfähigkeit der Kreisgemeinden auf das erforderliche Maß,
- die Rückführung der Verschuldung,
- die Erhaltung der Liquidität und des Basiskapitals.

Diese Leitziele werden mit dem Haushaltsentwurf eingehalten.

Die Konjunktur läuft noch. Sie wird durch die Finanzkrise im Euroraum auch für unsere Volkswirtschaft eingetrübt. Es könnte sein, dass in den nächsten Jahren die Steuerquellen nicht mehr im notwendigen Umfang fließen. Die CDU - Kreisrätinnen und -Kreisräte haben deshalb dafür plädiert, dass der Haushaltsentwurf 2013 für den Kernhaushalt ohne Kreditaufnahme vorzulegen ist. Dies ist der Fall. Dafür danken wir Ihnen, sehr geehrter Herr Landrat.

Denn in relativ guten Zeiten, in denen die Steuerquellen sprudeln - wie wir sie derzeit noch erleben - könnten wesentliche Schritte zur Rückführung der Verschuldung unternommen werden. Mit der vorgeschlagenen Kreisumlage bei gleichbleibendem Hebesatz von 30,5 Punkten steigt das Aufkommen um 9,7 Millionen €. Durch die Mehreinnahmen gegenüber dem ursprünglichen Haushaltsplan von 2,7 Mio. € könnte zwar die Kreisumlage gesenkt werden, wir sind jedoch mit Ihnen der Meinung, dass sie neben der Schuldentilgung auch für die künftige Stärkung unserer Tochtergesellschaften verwendet werden könnten.

Für die vorgeschlagen 30,5 Punkte sprechen folgende Faktoren:

- Mit dem Haushalt 2013 werden die Reserven des Rhein-Neckar-Kreises von 30 Millionen € auf 18 Millionen € abschmelzen.
- Die Vermögensplan wird dadurch gestärkt, weil vom Eigenbetrieb Bau und Vermögen dem Kernhaushalt das Darlehen Höhe von 8,7 Millionen € zurückgezahlt wird. Der Eigenbetrieb erhält dafür eine Kreditermächtigung in Höhe von 7,6 Mio. € Somit werden im Eigenbetrieb 1,1 Mio. € getilgt. Die Kreditermächtigung sollte jedoch nur bei Bedarf in Anspruch genommen werden.
- Ohne Griff in die Reserven und ohne die Rückzahlung des Darlehns die hätte die Kreisumlage um 3,5 Punkte erhöht werden müssen.

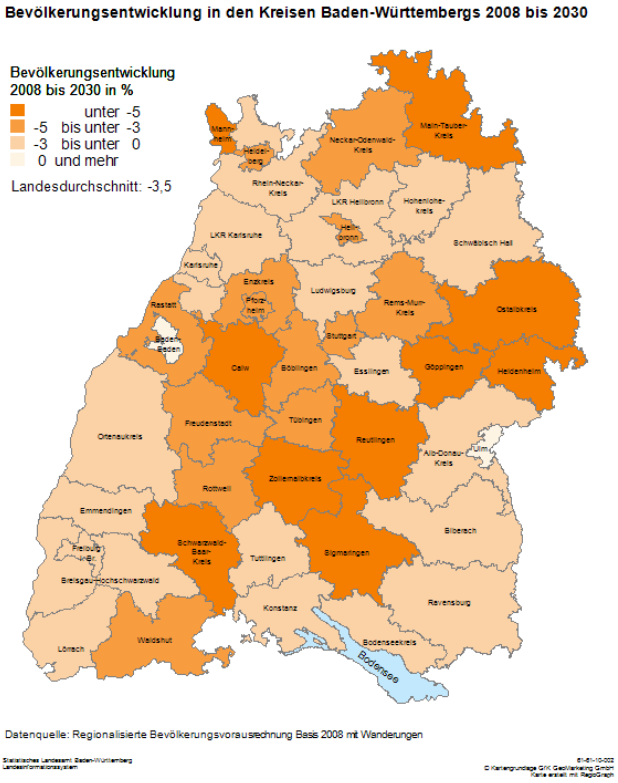
Die CDU-Kreisrätinnen und -Kreisräte ziehen folgendes Fazit: Die vorgeschlagene Kreisumlage schont die Gemeinden und gewährt dem Rhein-Neckar-Kreis den notwendigen finanziellen Spielraum. Dies ist nachhaltige Finanzpolitik.

Neues im Kernhaushalt

Im Haushalt2013 gibt es zwei Neuerungen:

- Die Mittel für den Straßenbau werden nicht mehr im Etat des Eigenbetriebs Bau und Vermögen veranschlagt, sondern im Kernhaushalt. Eine sachgerechte und richtige Entscheidung, die Verantwortung zu konzentrieren, um Reibungsverluste zu vermeiden.
- Die finanzielle Abwicklung der Deponie Wiesloch wird Bestandteil des Kernhaushalts. Ebenso eine richtige Entscheidung, insbesondere deshalb, weil die Kostenbeteiligung von Mannheim und Heidelberg durch das Auslaufen der ZARN-Vereinbarung an den Grundkosten der Deponie entfällt und die Deponie vollständig dem Rhein-Neckar-Kreis zugeordnet wird.

Demografische Entwicklung - eine Herausforderung für den Rhein-Neckar-Kreis



In der Demografiewoche der Metropolregion wurden demografische Herausforderungen diskutiert und neue Vorschläge erarbeitet. Demografische Herausforderungen sind für die CDU- Kreisrätinnen und Kreisräte nichts Neues. Bereits am 23. April 2007 hat die CDU Kreistagsfraktion beantragt, mittel- und langfristig die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Einrichtungen des Rhein-Neckar-Kreises und die notwendigen Umstrukturierungen dieser Einrichtungen zu untersuchen, um die notwendigen Einrichtungen zu schaffen. Dazu hat die Kreisverwaltung eine gute Ausarbeitung über die zu erwartende demografische Entwicklung im Rhein-Neckar-Kreis vorgelegt. Daraus hat die CDU-Fraktion 5 Leitsätze für künftige Kreisaufgaben entwickelt, so zur Schaffung von Ganztagsbetreuung in den Kindergärten, zum Ausbau des Berufs- und Sonderschulwesens, zur Mobilität der Bevölkerung, insbesondere zum Ausbau des ÖPNV, zur künftigen Versorgung im Gesundheitswesen und zur Flächenentwicklung im Regionalplan. Neue Herausforderungen stellen sich heute, insbesondere bei der Inklusion, bei der Kinderbetreuung U 3, beim vitalen Arbeitsmarkt und beim Schulentwicklungsplan. Die CDU - Kreistagsfraktion hat deshalb beantragt, die 2007 vorgelegten Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf den Kreis zu überarbeiten, die Ergebnisse der Demografiewoche einzuarbeiten und den zuständigen Gremien des Kreistags vorzulegen.

Die Situation an den beruflichen Schulen

Die beruflichen Schulen des Rhein-Neckar-Kreises tragen bei der räumlichen -Verhältnissen und sächlichen Ausstattung den Anforderungen einer neuzeitlichen, modernen und leistungsfähigen Schulpolitik Rechnung. Erhebliche Mittel werden und müssen auch künftig für ihre Weiterentwicklung zur Verfügung gestellt werden. Ob weitere Schulräume benötigt werden, wird durch den von der CDU bereits 2009 beantragten Schulentwicklungsplan untersucht. Wir erwarten auch Prognosen über künftige Entwicklungen und zur regionalen Zusammenarbeit. Die ersten bereits vorgelegten Ergebnisse sind vielversprechend. Ein besonderes Highlight ist die Entwicklung der beruflichen Gymnasien mit steigenden Schülerzahlen. Dies trägt dazu bei, dass nahezu die Hälfte aller Studierenden über diesen Bildungsweg zur Hochschulreife kommt.

Nach wie vor ist die Lehrerversorgung an unseren beruflichen Schulen unbefriedigend. Wir erwarten deshalb von der grün-roten Landesregierung, dass sie einen höheren Stellenwert erhalten als bisher in den Konzepten zur Bildung erkennbar sind. Wir müssen wissen, wie

- sich die neuen Gemeinschaftsschulen und die Abkopplung der Werkrealschulen auf die beruflichen Schulen auswirkt,
- inwieweit bei der Kürzung der Lehrerstellen um 12.000 bis zum Jahre 2020 die Berufsschulen betroffen sind und
- wie der immer noch bestehende Lehrermangel an den beruflichen Schulen abgebaut werden kann.

Übrigens: Liebe Kolleginnen und Kollegen, den Lehrermangel haben wir - wie sie sicherlich erinnern können - bereits bei der alten schwarz-gelben Landesregierung - heftig kritisiert.

Bei unseren Gesprächen mit den Schulleitern wurde neben der Lehrerversorgung kritisiert, dass die Belange der beruflichen Schulen bei der Planung des Landes kaum berücksichtigt werden. Dies ist insbesondere bei den Berufsfachschulen der Fall, die an die Stelle der Werkrealschulen treten, die langsam aber sicher ausgezehrt werden. Die Berufsfachschulen, mit denen die mittlere Reife erreicht werden kann, ist bereits eine Gemeinschaftsschule. Sie wird von Schülerinnen und Schülern mit sehr unterschiedlichen Vorkenntnissen und sehr unterschiedlichen Begabungen besucht. Die Klassenstärke beträgt in der Regel 30 Schüler. Eine individuelle Förderung ist dadurch äußerst schwierig, nahezu unmöglich. Die CDU - Fraktion gewinnt den Eindruck, dass vor lauter Reformeuphorie für die Gemeinschaftsschulen die Berufsschulen sträflich vernachlässigt werden

Ein wichtiges Thema ist die Inklusion von behinderten Schülern in die Regelschule. Hier bestehen sehr unterschiedliche Auffassungen. Manche Eltern fordern, dass das bisherige System der Förderschulen zugunsten einer totalen Inklusion von Kindern in Normalklassen ohne Rücksicht auf die Art und Schwere der Behinderungen aufgelöst wird. Die Betreuung an den Förderschulen und Sonderschulen ist besonderes im Rhein-Neckar-Kreis sehr gut ausgebaut. Es müssen die erkannten Schwierigkeiten ausgeräumt werden. Die aufnehmen Schulen haben derzeit weder das dafür speziell ausgebildete Personal noch die notwendige Zahl von Lehrern. Hinzu kommt, dass die räumlichen Voraussetzungen bei den aufnehmenden Schulen angepasst werden müssen. Bisher laufen alle diese Anstrengungen in Form eines Schulversuchs. Nach dem Schulgesetz unseres Landes haben diese Schüler nach wie vor die Sonderschulen zu besuchen. Der Landesgesetzgeber ist gefordert, das Schulgesetz mit allen Konsequenzen zu ändern. Deshalb begrüßen wir ausdrücklich die Initiative des Landrats zur Aufnahme der Inklusion in das Landesschulgesetz. Dann müsste auch die Konnexität greifen: Wer bestellt bezahlt.

Soziale Verantwortung

Die soziale Verantwortung des Rhein-Neckar-Kreises beweist sich durch seine Leistungen bei der Sozial- und Jugendhilfe, die mit knapp 200 Millionen € rund 40 % des Kreishaushalts umfassen. Ein leichter Rückgang der Kosten ist zu vermelden, und zwar werden die Kostensteigerungen durch die schrittweise Übernahme Kosten für die Grundsicherung im Alter durch den Bund, was in Endeffekt eine Entlastung des Haushalts in diesem Jahr um 15 Mio. € und im nächsten Jahr um 21 Millionen € bedeutet - Dank an die CDU geführte Bundesregierung und die beteiligen Länder und kommunalen Verbände.

Neue Handlungsfelder tun sich bei der Sozialpolitik auf: beim sicheren Aufwachsen der Kleinkinder, bei der besseren Integration von Kindern mit Migrationshintergrund, aber auch in der Sprachförderung von Kindern, der Integration von behinderten Menschen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt und dem selbständigen Wohnen von behinderten Menschen. Denn wir müssen uns aber um die kümmern, die nicht vollständig leistungsfähig sind. **Unsere Fraktion ist bereit entsprechende Projekte aus Kreismitteln mitzufinanzieren.**

Zur Einführung eines Sozialtickets liegen drei Anträge vor:

- Dem **Antrag der SPD** auf eine Anlauffinanzierung des Sozialtickets werden wir nicht zustimmen. Denn die beantragten 300.000 € reichen bei weitem nicht aus. Das ist ein Fugenblatt und weniger als eine halbgare Angelegenheit. Denn es ist nur als Einstieg gedacht. Wenn es voll umfänglich eingeführt werden soll, würde sich die Gesamtsumme auf knapp 3 Millionen € (= 0,5 Punkte Kreisumlage) belaufen. Beantragt sind 300.000 €, die nach dem Windhundprinzip (wer zuerst kommt, erhält den besten Bissen) verteilt werden sollen. Dies ist nicht sachgerecht.
- Konsequenter ist der **Antrag der Linken auf Bereitstellung von 2 Millionen €** für ein Soziallticket. Der Betrag reicht zwar nicht aus, würde aber die Einführung eines echten Sozialtickets bedeuten. Dies würde aber den Kreisetat auf Dauer belasten. Die Kosten müssten auf die Gemeinden des Kreises abgewälzt werden. Nur wenn man bereits ist, 0,5 Punkte Kreisumlage für das Sozialticket zur Verfügung zu stellen, kann ein echtes Sozialticket eingeführt werden. Der Darüber muss man sich bei der Diskussion über das Sozialticket im Klaren sein.
- Der **Antrag der Linken auf Bereitstellung von 50.000 €** für einen Probelauf hat den Charme ein Anfütterung, die evtl. Appetit macht und die Einführung eines Sozialtickets vorprägt.

Im Regelsatz für die Sozialhilfe stehen übrigens 19,20 € monatlich für den ÖPNV zur Verfügung. Durch die Neuregelung des Sozialhilfesatzes ab 1. Juli 2013 werden die Anteile für den ÖPNV neu festgelegt werden. Eine entsprechende Ausstattung des Regelsatzes ist übrigens Sache des Bundes. Außerdem werden die Fahrtkosten teilweise ersetzt, so z. B. bei Vorstellungsgesprächen und Vorsprache bei der Arbeitsagentur. Hinzu kommt, dass die Sozialhil-

feempfänger - nämlich 50 % - über einen eigenen PKW verfügen, aber meist nicht aus Lust und Tollerei, sondern weil sie auf ihn angewiesen sind. Außerdem: Wie verfahren wir mit den Bevölkerungsgruppen, die ganz knapp über dem Regelsatz liegen? Die wären erst recht die Gekniffenen. Wie wollen wir dabei soziale Gerechtigkeit herstellen?

Fazit: Für die die CDU hat die Nachhaltigkeit der Finanzpolitik verbunden mit dem Abbau der Verschuldung absoluten Vorrang. Die Einführung eines Sozialtickets zu Lasten der Gemeinden bringt keine soziale Gerechtigkeit. Deshalb können wir der Bereitstellung von Mitteln nicht zustimmen.

Radwege

Bereits vor mehr als einem Jahr ist der Kreis auf Grund unseres Antrags der "Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Kommunen in Baden-Württemberg“ beigetreten. Der Rhein-Neckar-Kreis und die Metropolregion Rhein-Neckar haben bereits eine relativ gute Radverkehrsinfrastruktur, die fortentwickelt werden muss. Folgerichtig haben wir am 20. 5. 2012 beantragt, für die Radwege ein Konzept zu erarbeiten, das die bestehenden Radewegekonzepte der Gemeinden ggf. mit eigenen Maßnahmen verknüpft.

Deshalb begrüßen wir die eingesetzten Mittel für die Radwegekonzeption in Höhe von 200.000 €. Natürlich müssen dann in künftigen Haushalten Mittel für den Bau neuer Radwege eingesetzt werden. Der Antrag der Grünen zielt auf den Ausbau der Radwege. Grundsätzlich richtig. Wir halten jedoch nichts von einer Förderung des Baues der Radwege der Gemeinden, zumal ein Fördersatz von 10 % - wie von den Grünen beantragt - keinesfalls die Gemeinden anregen dürfte, Radwege zu bauen. Jede Gemeinde sollte in eigener Verantwortung und mit Unterstützung des Bundes und des Landes den Radwegeausbau forcieren, damit das Fahrrad zu einem alltagstauglichen Verkehrsmittel wird.

Lückenschlüsse und überörtliche Radwege müssen von Kreis in Kooperation mit den Gemeinden gebaut werden.

Breitbandinitiative

Wir begrüßen sehr die Initiative des Landrats, unterstützt durch den Antrag der FW, eine gute Breitbandversorgung im Kreisgebiet herzustellen.

Kreisstraßennetz

Bei den CDU-Kreisrätinnen und Kreisräte besteht Einigkeit, dass ein gut funktionierendes Straßennetz Voraussetzung für die Erhaltung der Wirtschaftskraft unabdingbar ist.

Kreisel auf der Kreisstraße Leimen - St. Ilgen

Die Kreisstraßen sind zwar in einem guten bis befriedigenden Zustand. Trotzdem besteht ein Nachholbedarf. Deshalb haben wir beantragt, für unsere Kreisstraßen ein Konzept zur Substanzerhaltung vorzulegen und die Mittel mittel - und langfristig im Straßenhaushalt so zu veranschlagen, dass die Straßen und Radwege verkehrssicher bleiben und ihre Substanz erhalten bleibt.

Öffentlicher Personennahverkehr

Der Ausbau des ÖPNV ist Klimaschutz. Im nächsten Jahr werden wir uns mit der Fortschreibung des Nahverkehrsplanes beschäftigen. Es ist zu befürchten, dass für die Busverbindungen im ländlichen Bereich höhere Aufwanddeckungsbeträge entstehen, weil sich nach der letzten Fahrgastzählung bei der S - Bahn deutliche Zuwächse im Vergleich zu den Buslinien ergeben haben und dies Grundlage für die Einnahmeaufteilung bei den Verkehrsbetriebe ist. Die sich abzeichnende Haushaltssituation lässt leider nicht zu, die Zuschüsse für Aufwanddeckungsfehlbeträge von 35 und 40 % zu erhöhen, so sehr wir uns dies gewünscht haben. Aber die nachhaltige Finanzpolitik hat Priorität. Die Zuschüsse werden für 2013 bei 35 % trotzdem von 3,4 auf 4,8 Mio. € steigen. Weiteren Steigerungen werden nicht ausbleiben. Mit der Schülerbeförderung und den Leistungen im Verkehrsverbund verbleibt ein Förderbeitrag für den ÖPNV von über 10 Millionen €. Hinzu kommen noch 4 Mio. € für die Zuschüsse bei den Investitionskosten - insgesamt 14 Millionen € - das Doppelte an Zuschussbedarf als bei der Unterhaltung, Erhaltung und dem Bau von Kreisstraßen.

Weitere Ausbauvorhaben stehen an: Straßenbahnlinie Eppelheim - Schwetzingen, die jedoch durch das Nein von Eppelheim zunächst auf Eis gelegt ist, die zweite Verbundstufe S - Bahn nördlicher Bereich und Verlängerung der Bahnsteige auf dem südlichen Ast. Auch hier werden erneut Millionenbeträge fällig. Unsere Fraktion steht hinter dieses Ausbauvorhaben.

Positiv vermerken wir, dass in den nächsten 4 Jahren rund 450 Mio. € für die Investitionen beim ÖPNV vom Land von 2013 bis 2019 zur Verfügung gestellt werden sollen. Negativ vermerken wir, dass diese Mittel nicht ausschließlich Mittel des Landes sind, sondern die Hälfte von den Gemeinden durch die Vorwergentnahmen aus dem kommunalen Finanzausgleich finanziert werden sollen. Ein erneuter Griff in die kommunalen Taschen.

Die CDU - Kreistagsfraktion bemüht sich seit Jahren um einen Übergangstarif zwischen dem Verkehrsverbund Karlsruhe und dem Verkehrsverbund Rhein-Neckar, damit im südlichen Bereich vom Rhein-Neckar-Kreis auf der Strecke z. B. von Malsch nach Bruchsal keine zwei Fahrkarten mit den entsprechenden Fahrpreisen gelöst werden müssen. Sowohl die alte als auch die neue Landesregierung hat die Mitfinanzierung dieses Tarifs abgelehnt, obwohl andere Verkehrsverbünde finanziert wurden. Die neue Landesregierung präferiert seit mehr als einem Jahr ein Verbundtarifsystem für das ganze Land. Die CDU - Kreistagsfraktion hat dies bereits mehrfach beim Landesverkehrsminister angemahnt. Außer Kanzleitrost ist keine Reaktion feststellbar. Fazit: Aus Stuttgart wieder nichts Neues. Deshalb freuen wir uns über die anstrebte kleine Lösung - ähnlich wie beim Karlsruher Verkehrsverbund - die nächstes Jahr in Kraft treten soll - ohne Mitwirkung des Landes. Zwischen dem Verkehrsverbund Rhein-Neckar und dem Verkehrsverbund Heilbronn besteht ebenfalls die Frage nach einem Übergangstarif. Wir fordern die Kreisverwaltung auf, in gleicher Weise tätig zu werden.

Klimaschutz, eine Generationenaufgabe

Der Klimaschutz als Generationenaufgabe ist im Rhein-Neckar-Kreis in der Umsetzungsphase. Wir haben durch den strategischen Grundlagenbeschluss zum Klimaschutz bereits die Weichen gestellt. 1,5 Millionen € werden zur Verfügung gestellt. Der Beitritt zur Kliba ist erfolgt. Für das Radwegekonzept stehen 200.000 € zur Verfügung. Der Wärmeatlas und die CO2 - Bilanz werden aufgestellt.

Für die Verbesserung des energetische Standards der Kreisgebäude stehen 710.000 € zur Verfügung. Darüber stehen im Finanzhaushalt 1 Million € für investive Maßnahmen bereit.

Die Tochtergesellschaften des Rhein-Neckar-Kreises

Bei der Gesamtbetrachtung der wirtschaftlichen Situation des Rhein-Neckar-Kreises ist auch ein Blick auf die Tochtergesellschaften des Kreises notwendig.

Bei der **AVR Energie** gibt es neue Herausforderungen. Die öffentlichen Diskussionen in der letzten Kreistagssitzung waren sicherlich nicht geeignet, die Akzeptanz der Fernwärmeversorgung zu verbessern. Anfangsverluste waren von vornherein einkalkuliert. Im Interesse des Klimaschutzes hat eine übergroße Mehrheit des Kreistags diese Anlage aus Klimaschutzgründen unterstützt, ja sogar gefordert.

Biomasseheizkraftwerk Sinsheim

Die Herausforderung - und ich bin sicher, dass wir auch dies bewältigen werden - wird sein, Ökonomie und Ökologie in Einklang zu bringen. Es ist daher richtig, mit den zusätzlich zur Verfügung stehenden Mitteln das Eigenkapital in Millionenhöhe zu verstärken.

Mit unseren **Gesundheitseinrichtungen** stellen wir die Grund- und Regelversorgung im Kreisgebiet sicher. In der Vergangenheit wurden keine Verluste erwirtschaftet. Die Situation hat sich geändert. Unsere Gesundheitseinrichtungen schreiben derzeit Verluste in einer Größenordnung von einigen Hunderttausend €. Dies liegt jedoch nicht an den Leistungen der Geschäftsführung und der Beschäftigten. Es liegt vielmehr an der mangelnden finanziellen Ausstattung durch die Krankenkassen. Denn die Personalkosten steigen viel stärker als die Vergütungen, die für die ärztlichen Leistungen bezahlt werden. Deshalb stimmen wir auch der Verwendung der zusätzlichen Mittel in Höhe von 900.000 € zur Verlustabdeckung zu.

Kreiskrankenhaus Weinheim

Auch künftige Investitionen bei den Häusern erfordern erhebliche Zuschüsse aus dem Kreishaushalt. Ich greife hier das neue Bettenhaus in Sinsheim heraus, das mit 28 Millionen € eine echte Herausforderung ist. Wir hoffen, dass sich das Land mit 12,5 Mio. € beteiligt, die gleiche Summe muss der Kreis in den nächsten Jahren zur Verfügung stellen. Dies entspricht zwar nicht dem Krankenausfinanzierungsgesetz, nach dem das Land die Investitionskosten in vollem Umfang übernehmen müsste, jedoch der gängigen Praxis.

Sorgen bereiten uns auch die **Rehabilitationseinrichtungen**. Sie schreiben durchweg Verluste. Denn auch hier sind die Pflegesätze nicht kostendeckend. Die Reha-Einrichtungen tragen dazu bei, dass die Patienten zu 80 % nicht in Pflegeheime eingewiesen werden, sondern in die häusliche Umgebung entlassen werden. Deshalb müssen wir diese Einrichtungen möglichst erhalten und versuchen die Defizite zu begrenzen. Dazu sind kostendeckende Pflegesätze notwendig, die derzeit von Kassen verweigert werden. Wir sind deshalb gezwungen, einen Mietzuschuss für 2012 und in gleicher Höhe von 2013 in Höhe von jeweils 400.000 € zu leisten, zumal diese Einrichtungen nicht durch Investitionszuschüsse gefördert wurden und dadurch nicht die gleiche Finanzierungsgrundlage hatten wie z. B. die Krankenhäuser.

Beim **Stift Sunnisheim** machen uns die Erfolge beim Jugendamt zu schaffen. Durch präventive Maßnahmen müssen immer weniger problematische Jugendliche in Heimen untergebracht werden.

Stift Sunnisheim

Dadurch entstehen beim Stift Sunnisheim Verluste in einer Größenordnung von mehreren Hunderttausend €. Hier müssen für die Nutzung der Einrichtungen neue Konzepte vorgelegt werden, die auch andere Verwendungen ermöglichen.
Der **Jobcenter Rhein-Neckar-Krei**s hat 2012 seine Arbeit aufgenommen und das hat sich nach einigen Anlaufschwierigkeiten sehr positiv entwickelt. Nach dem letzten Bericht über den aktuellen Stand der Zielsetzungen weist aus, dass zwar noch viel zu tun ist. Es werden konkrete und innovative Maßnahmen durchgeführt und Anregungen aufgegriffen. Fazit: der Jobcenter ist auf einem guten Weg.

Personalkosten

Noch ein Wort zu den Personalkosten. Sie sind wie immer ein Diskussionsthema. Einerseits steigen sie ständig und belasten den Haushalt und dies mit einer Steigerung von 2,5 Mio. € auf 69,7 Mio. €. Wir akzeptieren diese Steigerung aus folgenden Gründen:

- Mit den Personalkosten liegen wir im Vergleich zu anderen Kreisen um 20 - 30 % günstiger.
- Es werden netto 6 Stellen abgebaut
- Verstärkungen sind bei der Inklusion und der Betreuung von Behinderten insbesondere bei der Martinsschule notwendig.
- Die zusätzlichen Personalkosten werden überwiegend durch Zuweisungen Dritter ausgeglichen.
- Kürzungen würden zu Lasten der Dienstleistungen des Landesratsamt gehen. Nach den vorgelegten und erläuterten Unterlagen hat die Kreisverwaltung eine vertretbare Lösung erreicht.

Abfallwirtschaft im Rhein-Neckar-Kreis

Kreisrat Volker Pauli wies darauf hin, dass der Rhein-Neckar-Kreis über ein modernes, zukunftsorientiertes Abfallwirtschaftssystem verfügt. Wie in den vergangenen Jahren muss auch in diesem Jahr die Abfallwirtschaftssatzung den Gegebenheiten angepasst werden, wobei das System und die Gebührenstruktur erhalten bleiben. Volker Pauli macht folgende Anmerkungen:

Bioenergietonne

- 60.000 Behälter stehen inzwischen den Haushalten zur Verfügung. Eine überaus positive Entwicklung, auch aufgrund der Gebührenfreiheit für 80 Liter je Person.
- Die Gebühren sollen für die 660 Liter-Tonne bei wöchentlicher Abfuhr erhoben werden.

- Als nächster Schritt ist die Verwertung dieser Abfälle, durch eine Biogasanlage entweder durch eine eigene Einrichtung oder durch Vergabe an Dritte ins Auge zu fassen.
- Wichtig ist, dass eine günstige Lösung im Sinne der Gebührenzahler gefunden wird.
- Weitere Änderungen gelten dann für Restmüllbehälter in Bezug auf Standzeiten bzw. Leerungen.
- Die Anlieferung von 4 m³ Sperrmüll und Altholz pro Tag ist gebührenfrei.
- Die gebührenfreie Annahme von separatem Biomüll und Grünschnitt. Für Gemische wurden die Gebühren neu berechnet.

2. Deponie Wiesloch
Die Deponie Wiesloch soll ab 2013 wieder als öffentliche Einrichtung mit Gebühren wie in Sinsheim geführt werden. Somit entstehen keine Mehrkosten. Bei 20.000 t/a reicht die Kapazität für maximal 2 Jahre. Ein weiterer Bauabschnitt wird derzeit geplant.

3. Überschuss im gewerblichen Bereich
Die Abfallgesellschaft weist nach wie vor einen Überschuss aus dem gewerblichen Teil aus, während der öffentliche Teil, der Bereich der unseren BürgerInnen in Rechnung gestellt wird, ausgeglichen ist, d. h. es werden keine Gewinne erzielt. Allerdings werden die Rückstellungen auf Kosten der Gebührenstabilität um 408.500,-€ abgebaut.

3. Gefahren durch bundesgesetzliche Regelungen
Durch bundesgesetzliche Regelungen drohen immer noch Gefahren, dass bei der Abfallwirtschaft die privaten Anbieter die gewinnträchtigen Zweige herauspicken können, während der kostenträchtige Bereich bei den Verbrauchern bleibt. Dem müssen wir entgegenwirken. Auch das Schicksal der grünen Tonne ist noch ungewiss. Hier ergeht ein ganz großes Lob der CDU-Fraktion an unseren grünen Umweltminister Untersteller. Er setzt sich massiv für die Belange der Stadt-und Landkreise ein.

4. Zustimmung zu den neuen Gebühren
Die CDU-Fraktion stimmte der Änderung der Satzung mit den neuen Gebühren zu.

Gründung eines Landschaftserhaltungsverbandes (LEV)

Kreisrat Roland Schilling gab bei der Sitzung des Kreistages am den 11. Dezember 2012 folgende Stellungnahme ab:

"Wenn man mit dem ersten Blick hinschaut, könnte man meinen, brauchen wir einen Landschaftserhaltungsverband, einen neuen Verein, macht das Sinn? Beim genauen Betrachten stellt man fest, dass bei den unterschiedlichen Schutzgebieten im Rhein-Neckar-Kreis mit rd. 86.000 ha Gebietsflächen und zur Pflege und Erhaltung der Landschaft sowie zur Umsetzung der Pflege- und Entwicklungspläne bzw. der Managementpläne für FFH-Gebiete (Flora – Fauna – Habitat) und für Natura 2000, dies durchaus Sinn macht, ja sogar notwendig ist.

Die Landschaftserhaltungsverbände sind ja nichts völlig neues. Es gibt im Land schon einige Verbände die erfolgreich arbeiten und nun sollen in allen Kreisen des Landes, flächendeckend, Landschaftserhaltungsverbände (LEV) eingerichtet werden.
Die Vereine sind keine weiteren Träger öffentlicher Belange, sondern sie sind Dienstleister für die Kreise und Gemeinden in Sachen Natur- und Landschaftsschutz sowie Offenhaltung der Landschaft.

Die Landwirtschaft, der Kreisbauernverband und die Naturschutzverbände befürworten die Bildung eines Landschaftserhaltungsverbandes.
Bei der Gründung eines LEV auf Landkreisebene werden 1,5 Stellen aus Landesmitteln bereitgestellt, 0.5 Stellen (Geschäftsführer) sind vom

LEV - Trägerverein zur Verfügung zu stellen. Außerdem ist das Land bereit, dem Landkreis die finanziellen Mittel für die Stelle eines Natura 2000 Beauftragten bei der unteren Naturschutzbehörde dauerhaft bereitzustellen.
Es werden also 2,5 Stellen von Land bezahlt, 0,5 Stellen und Sachmittel sind vom Kreis bzw. dem Trägerverein zur Verfügung zu stellen, was mit rund 50.000 Euro im Haushalt veranschlagt ist.

Aufgabe des LEV ist die Erhaltung und Pflege der Kultur- und Erholungslandschaft in ihrer standorttypischen Ausprägung, die Erhaltung der Landschaftlichen Vielfalt, die Offenhaltung der Kulturlandschaft, die Erhaltung und Pflege besonderer Biotope und ökologisch wertvoller Flächen. Dazu sollen unter anderem pflegebedürftige Grundstück ermittelt, Kontakte zu Landwirtwirten, Verbänden und Vereinen, die in der Landschaftspflege aktiv sind, hergestellt und Pflegeverträge abgeschlossen werden, die durch finanzielle Förderung des Landes und der EU flankiert werden. Es sollen dadurch Landespflegemittel in die Region geholt, die Bevölkerung die Jugend mitgenommen und die Natur erlebbar gemacht wer-

den. Wenn sie so wollen, ist dies auch ein Stück weit „Bewahrung der Schöpfung“.

Weitere Aufgabenfelder sind die Öffentlichkeitsarbeit, in der Organisation und Durchführung von Veranstaltungen, Fortbildungsmaßnahmen und Aktionstagen sowie in der Förderung der regionalen Vermarktung von land- und forstwirtschaftlich gewonnenen Produkten zu sehen. Es können hier neue Märkte, neue Tätigkeitsfelder, wie z.B. die Pflege von Streu-Obstwiesen, ökologischer Anbau usw. entstehen.

Eine intakte Natur und Umwelt nützt allen und trägt zur Nachhaltigkeit unseres Lebensumfeldes bei. Die Tätigkeiten des LEV werden natürlich weitgehend im ländlichen Bereich, in den naturräumlich wertvollen Landschaftsteilen liegen. Der ländliche Raum profitiert von diesen Aktivitäten.
Aber auch die städtische Bevölkerung hat davon einen gewissen Mehrwert.
So hat eine Umfrage in der Metropolregion gezeigt, das gerade der Begriff „Landschaft“ bei den Standortfaktoren mit über 60 % ganz vorne liegt.

Geben wir dem Landschaftserhaltungsverband und damit auch der Natur eine Chance!"

Die CDU-Fraktion stimmte mit großer Mehrheit der Gründung des Landschaftserhaltungsverbandes zu.

Nachlese zum Geburtstag von Landrat Stefan Dallinger

Die Fraktionen des Kreistags beglückwünschen den Landrat zu seinem 50. Geburtstag (v.l.n.r. Bruno Sauerzapf (CDU), Ralf Göck (SPD), Claudia Felder (FDP), Landrat Stefan Dallinger, Joachim Buchholz (DIE LINKE), Wilfried Weisbrod (Grüne).

Frohe Weihnachten und ein gutes neues Jahr

Das Brandenburger Tor in Berlin steht für das wiedervereinigte Deutschland. Wir alle können über die Entwicklung der letzten Jahrzehnte sehr zufrieden sein. Deshalb wünschen wir allen unseren Lesern eine schöne Adventszeit und ein gutes 2013. Der griechischen Philosophen Sophokles sagte vor 2.400 Jahre folgendes: "Das Beste ist gerecht zu sein, das Schönste die Gesundheit und das Angenehmste, wenn man immer das erreicht, was man will. Deshalb wünschen wir allen Lesern unsere Mitteilungen für 2013: Das Beste, das Schönste und das Angenehmste.

Die CDU - Kreistagsfraktion berichtet die in unregelmäßigen Abständen über den Rhein-Neckar-Kreis und die Aktivitäten der Kreistagsfraktion. Wir hoffen, dass Sie damit die Arbeit der Kreistagsfraktion besser kennenlernen. Wenn Sie den QR-Code oben rechts scannen, kommen Sie direkt auf die Homepage der CDU - Kreistagsfraktion *(www.CDU-RNK.de*) . Auch im facebook *(CDU-Kreistagsfraktion Rhein-Neckar)* sind wir vertreten.

Sollte jemand aus Ihrem Bekanntenkreis Interesse an diese Mitteilungen haben, würden wir uns sehr freuen. Teilen Sie uns bitte die Email-Adresse mit. Außerdem würden wir uns über Ihre Rückmeldungen freuen, ob Ihnen der neue Service zusagt. Die früheren Mitteilungen der Fraktion können bei folgender Email-Adresse angefordert werden: b.sauerzapf@t-online.de.